

Demonstrieren ... das störende Hobby!

Haben Demonstranten immer Vorrecht gegenüber den Anwohnern und dem Gewerbe?



Der rote Wald in den Strassen

Die Ruhe vor dem Sturm?

Im Moment herrscht eine trügerische Ruhe in der Berner Innenstadt. Wie lange diese für die Anwohner und die ansässigen Unternehmen noch währt, kann aber niemand sagen.

Wenn wir einige Monate zurückblenden, wird schnell deutlich, was für die Innenstadt normal ist: Der Ausnahmezustand!

Die Zahlen der bewilligten und unbewilligten Demonstrationen haben in den letzten Jahren dramatisch zugenommen. Fanden im ersten Quartal des Jahres 2000 in Bern fünf Demonstrationen statt, waren es in der gleichen Zeitperiode dieses Jahres bereits über 60 Kundgebungen, von denen mehr als die Hälfte nicht bewilligt waren.

Die grosse Anzahl der Demonstrationen mag durch die weltpolitische Lage begründet werden. Es kommen aber düstere Zeiten auf Bern zu, wenn bei jedem neuen Krieg tausende von Demonstranten in Bern den Frieden stören. Man mag folgendes Rechenpiel als blödsinnige Spielerei abstempeln:

Falls die Wachstumsraten im Bereiche der Demonstrationen in der Stadt Bern im Vergleich zu den Jahren 2000 bis 2003 konstant bleiben würden, könnten wir uns auf über 700 Manifestationen im ersten Quartal 2006 freuen. Dabei wurde das exponentielle Wachstum der letzten vier Jahre nicht berücksichtigt.

Die Freude der Demonstranten ...

In gewissen politischen Kreisen gehört es zum guten Ton, an Demonstrationen teil zu nehmen. In diesen Zusammenrottungen tragen Demonstranten ihre wichtigen

Anliegen vor, die ohne Störung der restlichen Bevölkerung mittels der politischen Rechte ebenso gut vorgebracht werden könnten. Da aber Demonstrationen einfacher zu organisieren sind und diese Events für gewisse Personen die reinste Freude darstellen, belagern jährlich mehrere zehntausend Demonstranten die Berner Innenstadt. In Bussen und Sonderzügen werden die Fahnenträger und Zettelverteiler in die Stadt verfrachtet.



... ist das Leid der Ansässigen

Viele Geschäfte der Berner Innenstadt beklagen, dass sie erhebliche Einnahmefälle bei den unzähligen Demonstrationen verbuchen müssen. Lärm, Gedränge, Unrat und Schlägereien verderben den Kunden die samstäbliche Einkaufstour in den Lauben, wenn wieder eine Gruppe lauthals öffentlich ihre Empörung, über die von ihr selbst gewählten Politiker, kund tut. Durch die grossräumigen Absperrungen können viele Geschäfte nicht mehr mit dem Fahrzeug erreicht werden. Teilweise müssen enorme Umwege in Kauf genommen werden. All dies führt dazu, dass an solchen Tagen die Kundschaft lieber zu Hause bleibt.

Die Ladeninhaber sind nicht erfreut darüber, dass an wichtigen Verkaufstagen wie am Abendverkauf und an Samstagen Demonstrierende die Kunden vertreiben. Es werden Umsatzeinbussen von bis zu 60 Prozent angegeben. Selbst Geschäfte aus den Gassen in denen nicht demonstriert wird, spüren die Auswirkungen der

Manifestationen. Die gut gemeinten Demonstrationen durch gewisse Medien, welche zum Meiden der Berner Innenstadt aufrufen, erhöhen die Ausfälle zusätzlich.



Wer bezahlt?

Demonstrationen sind teure Unterfangen. Teuer sind diese Ereignisse aber in erster Linie nicht für die Organisatoren, sondern für den Steuerzahler und das Gewerbe.

Die erfolgreiche Polizeibegleitung des schwarzen Blockes an der AHV-Demo vom 20. September 2003 wird wohl kaum durch die Portokasse der Stadt bezahlt werden können.

Demonstrationen verursachen nicht nur durch die Polizeieinsätze hohe Kosten. Nach den Kundgebungen bedürfen die Strassen und Häuser einer intensiven Reinigung, da sie mit Flugblättern und Parolen vollgemüllt werden.

Allein die Demonstrationen rund um das Weltwirtschaftsforum von Davos verursachten im Raum Bahnhof rund hunderttausend Franken Sachschäden. Ein Betrag in gleicher Höhe musste für die Reinigung der Gebäude der Innenstadt aufgewendet werden. Selbst wenn Demonstranten Kreide verwenden, um ihre äusserst wichtigen Parolen an die Wände zu schmieren, müssen die Fassaden mit Hochdruckreiniger geputzt werden. Mit einem Lappen und ein bisschen Wasser ist auch bei Kreide nicht viel zu erreichen.

Ungefähr zehn Tage nach den WEF-Ausschreitungen richtete die Stadt ein Nottelefon ein. Nach einem kurzen Anruf wurden die Überbleibsel der Manifestation

kostenlos beseitigt. Diese gute Idee der Stadt Bern kam leider etwas zu spät, da die Ansässigen Verunreinigungen und Schäden bereits selbst behoben und bezahlt hatten. Egal ob die Organisatoren mit den Behörden zusammenarbeiten oder nicht, der Steuerzahler und die Anrainer dürfen die Kosten für dieses teure Hobby übernehmen.

Demos gefährden Arbeitsplätze

Grundrechte haben keine unbeschränkte Gültigkeit. Sie können eingeschränkt werden, wenn es im öffentlichen Interesse liegt. Es ist nicht ersichtlich, warum Demonstranten grundsätzlich immer den Vorzug gegenüber dem Gewerbe und den Anwohnern geniessen sollen. Die Berner Innenstadt bietet vielen Menschen Arbeit. Jede zusätzliche Demonstration führt zu wirtschaftlichen Einbussen beim Gewerbe und gefährdet Arbeitsplätze.

Gemeinderat unterstützt Anarchie

Der Gemeinderat sollte bei Gelegenheit die Bundesverfassung zur Hand nehmen. Darin ist im Grundrechtskatalog auch die Wirtschaftsfreiheit garantiert. Die öffentliche Hand hat dafür zu sorgen, dass die Wirtschaft sich frei entfalten kann. Leider scheint der Gemeinderat von Bern andere Interessen zu verfolgen. Die zu grosszügige Bewilligungspraxis bei den Demonstrationen und das seltene Durchgreifen der Polizei zeigen, dass der Gemeinderat die Anarchie dem Wohlstand gegenüber bevorzugt.



Es kann niemanden verwundern, dass es der Berner Wirtschaft schlecht geht. Vor lauter roten Fahnen sind die Schaufenster

und Eingangstüren der Ladengeschäfte nicht mehr sichtbar.

Es kommt bei den Kundgebungen nicht auf die Grösse an, denn selbst kleinere Ansammlungen können den Verkehr in der kleinräumigen Stadt Bern erheblich behindern. Dies lässt sich beispielsweise an der Rentendemonstration vom 10. September 2003 beim Hirschengraben zeigte, die zeitweise die ganze Kreuzung lahm legte.

Der Gemeinderat schläft

Wenn die Stadt Bern einer Gruppe von Menschen eine Demonstrationsbewilligung geben möchte, sollte sie sich Gedanken über die Örtlichkeit der Manifestation machen. In der Zeit der Massenmedien spielt es keine Rolle mehr, wo eine Kundgebung stattfindet. Durch die Omnipräsenz des Fernsehens kann sich eine Demonstration auch im Wald genügend Gehör verschaffen. Mit dem Unterschied, dass sie das Gewerbe, die Touristen und die Anwohner kaum stören. Anstelle der Bewilligung eines Demonstrationszuges durch die ganze Stadt ist es durchaus möglich, den Organisatoren nur eine Platzdemonstration, welche die Umgebung weniger beeinträchtigt, zu erlauben.

Auch dem Gemeinderat sollte klar sein, dass nicht alle Demonstrationen unbedingt auf dem Bundesplatz stattfinden müssen. Bei Grossdemonstrationen hat dies nämlich zur Folge, dass die gesamte Innenstadt nahezu zum Erliegen kommt. Die Grosse Allmend bietet sich als alternativer Standort geradezu an. Sie ist genügend weit vom Stadtzentrum entfernt, dass sich das Gewerbe in der Altstadt erholen kann.

Als Ersatz für das Bundeshaus könnte man eine Dependance aus Karton zum Anschreiben auf der Grosse Allmend aufstellen. Dieses dürfte jeweils von den Parolenskandierern medienwirksam abgefackelt werden.

Als dritte Möglichkeit bietet sich die zeitliche Beschränkung von Demonstrationen auf gewisse Tage an. Es wäre durchaus eine Erleichterung für das Gewerbe, wenn es keine Bewilligung für Kundgebungen an Abendverkäufen und Samstagen mehr gäbe.

Diese Einschränkungen tangieren das Demonstrationsrecht nur minimal und sind verhältnismässig. Die Beschränkung auf Platzdemonstrationen und die Verlagerung der grossen Manifestationen auf die Grosse

Allmend sowie deren zeitliche Einschränkung sind geeignete Massnahmen um die Bevölkerung und die Unternehmen der Innenstadt zu entlasten. Die Untätigkeit des Gemeinderates zeigt, dass er, wohl aus Angst vor enttäuschten Demonstranten, den Ruin des lokalen Gewerbes in Kauf nimmt.

Auf Grund dieser Überlegungen fordert die Entente Bernoise, dass der Gemeinderat nur noch Kundgebungen im Demo-Eventpark Grosse Allmend bewilligt.

Härteres Vorgehen gefragt

Die Deeskalationsstrategie darf nicht das Vorgehen der Polizei beherrschen. Zu häufig lässt die Polizei randalierende Demonstranten gewähren.

Es ist wünschenswert, dass die Berner Polizei, wie am 20. September geschehen, dem staatlichen Gewaltmonopol häufiger Nachdruck verleiht und jede Gesetzesverletzung im Keime erstickt. Den kriminellen Elementen u.a. aus der Reithalle dürfen die Demonstrationen nicht mehr als Spielwiese für ihren Aggressionsabbau dienen. Nur mit striktem Vorgehen gegen diese pubertierenden Horden kann verhindert werden, dass die Gewalt immer grössere Kreise zieht. Der schwarze Block erscheint auch nur deshalb immer häufiger in den Reihen demonstrierender Menschen, weil er weiss, dass seine verbotenen Handlungen kaum geahndet werden.

Es geht nicht darum die Gesetze zu verschärfen und die Strafandrohungen zu erhöhen, sondern schlicht darum, dass der Gemeinderat der Polizei endlich den Auftrag gibt, den bestehenden Gesetzen Nachachtung zu verschaffen. Die Grundlage für eine intakte Wirtschaft ist ein funktionierender Rechtsstaat, der sein Gewaltmonopol durchsetzt. Durch das lasche Vorgehen des Gemeinderates, ziehen immer weitere Kreise das Gewaltmonopol des Staates in Zweifel.

Striktes Auflösen

Die strikte Auflösung unbewilligter Demonstrationen muss unbedingt umgesetzt werden. Es geht nicht an, dass sich gewisse Demonstrationsorganisatoren einfach den Gang zu den Behörden ersparen und die Kooperation verweigern. Denn nur in der Zusammenarbeit zwischen Behörden und Organisatoren können Sachbeschädigungen, wie sie beispielsweise bei den Antiglobalisierungs-Demonstrationen rund um das WEF geschehen sind, verhindert werden.

Der Verweis auf eine Spontandemonstration ist häufig reiner Hohn, da diese spontanen Events von langer Hand vorbereitet worden sind. Dies traf garantiert auf die grosse Mehrheit der über 30 unbewilligten Demonstrationen des ersten Quartals 2003 zu.

Das Nichtdurchgreifen der Behörden bei unbewilligten und unangemeldeten Demonstrationen führt schlicht dazu, dass sich immer mehr Demonstrationsfanatiker die kleinen Mühen einer Kooperation mit den Behörden ersparen. Die Leidtragenden bleiben die Unternehmer und Ansässigen der Innenstadt.

Fazit der Entente Bernoise:

Der Gemeinderat entpuppt sich durch seine „demofreundliche“ Haltung als Wirtschaftsfeindlich.

Die Entente Bernoise fordert deshalb:

Der Gemeinderat muss unbewilligte Kundgebungen strikt auflösen lassen und die Manifestanten ins Grüne verfrachtet!

05/2003

